

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/04/2008

über die öffentliche Sitzung am 13.05.2008,
Sitzungszimmer 103

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 21:30 Uhr

Anwesend

Finanzausschuss

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann

ab TOP 9

Frau Carola Behr

Herr Harald Düwel

Herr Rolf Griesenberg

Herr Dieter Heidenreich

i. V . f. STVO Aschmann (TOP 1 bis 8)

Frau Petra Wilmer

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Klaus Butzek

Seniorenbeirat, ab TOP 9

Frau Gisela Dietterlein

Seniorenbeirat, TOP 1 bis 6, 9 des Finanzausschusses

Herr Günter Kluger

Seniorenbeirat, TOP 1 bis 6, 9 des Finanzausschusses

Frau Karina Krasnicka

Kinder- und Jugendbeirat, ab TOP 9

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann

zu TOP 1 bis 6 + 9 des Finanzausschusses

Herr Detlef Levenhagen

Herr Horst Marzi

Sonstige, Gäste

Herr Schnoor

VBD Beratungsges. zu TOP 9

Verwaltung

Frau Ursula Pepper	ab TOP 9
Herr Horst Kienel	Berichterstatter
Frau Christiane Link	bis TOP 8
Herr Hanno Krause	ab TOP 9
Frau Petra Haebenbrock-Sommer	ab TOP 9
Frau Anja Gust	ab TOP 9
Frau Angela Haase	Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt

Finanzausschuss

Bürgerliche Mitglieder

Herr Henning Koeppe
Frau Manuela Koszowsky-Thiel

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 03/ 2008 vom 22.04.2008
5. Befragung der Ahrensburger Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Lindauer Managementberatung **2008/083**
6. Verschiedenes
- 6.1. Nächster Sitzungstermin des Finanzausschusses
9. Neubau Peter-Rantzau-Haus **2008/077**
 - a) Entscheidung zum Gebäude
 - b) Entscheidung über die Finanzierung

**5 Befragung der Ahrensburger Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Lindauer Managementberatung
Finanzausschuss**

2008/083

Frau Link beantwortet Nachfragen zur Vorlage. Insbesondere führt sie aus, dass rd. 500 Gewerbebetriebe Gewerbesteuern in Ahrensburg entrichten. Mit 500 Anschreiben wird somit sichergestellt, dass diese Betriebe ein Anschreiben erhalten. Danach soll mit den 50 größten Gewerbebetrieben und 150 weiteren, davon ca. 50 % aus den Gewerbegebieten und 50 % aus der Innenstadt, ein Interview geführt werden. Die Auswahl der Interviewpartner erfolgt nach dem Zufallsprinzip. Mit 200 Interviews wird eine breite Basis zur Auswertung vorhanden sein.

Die Anzahl der Interviews wird hinterfragt. Frau Link führt aus, dass Frau Kerber/Lindauer Managementberatung das Führen von mindestens 100 Interviews empfohlen habe. Dies erscheine ihr, wenn die 50 größten Gewerbebetriebe befragt werden, mit weiteren 50 Betrieben aber für Ahrensburg nicht aussagekräftig genug. Die Betriebe könnten sich – wenn sie am Interview sehr interessiert seien – auch direkt melden. Dies wird im Anschreiben ausgeführt. Eine Quote von 200 Interviews sei als gut einzustufen. Es bleibe abzuwarten, wie viel Betriebe tatsächlich zu einem Interview bereit seien. Jedes Interview werde mit 30 € abgerechnet, eine bloße Nachfrage mit Absage zum Interview reiche nicht.

Auf Nachfrage wird ausgeführt, dass sich die Verwaltung trotz des ggf. erheblichen zeitlichen Aufwands für die Nachbereitung bewusst entschieden habe, **eine** Gesamtbefragung durchzuführen. Dadurch soll sich kein Gewerbebetrieb zurückgesetzt fühlen.

Zur Anzahl der Fragen wird erläutert, dass es sich um 6 Standardfragen handeln wird. Von mehr Fragen rät die Lindauer Managementberatung ab. Mehr Fragen seien aber dennoch möglich und führen bei bis zu 6 weiteren Fragen zu Mehrkosten von 500 €. Die Fragen sollen in der Juni- oder Juli-Sitzung vorab dem Finanzausschuss vorgestellt und mit diesem abgestimmt werden.

Der Finanzausschuss empfiehlt, die Befragung in diesem Jahr durchzuführen und stimmt dem Beschlussvorschlag zu. Am 26.05.2008 soll die Mehrausgabe von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

6 Verschiedenes Finanzausschuss

6.1 Nächster Sitzungstermin des Finanzausschusses Finanzausschuss

Im Hinblick auf die Kommunalwahlen am 25.05.2008 wird erörtert, ob der Finanzausschuss in aktueller Zusammensetzung noch einmal tagen kann. Der Berichterstatter führt aus, dass die konstituierende Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung am 23.06.2008 stattfinden wird.

Der alte Finanzausschuss bleibt im Amt, bis sich der neue konstituiert hat. Daher könne der Finanzausschussvorsitzende noch zum 27.05.2008 und zum 24.06.2008, d. h. dem regulären Sitzungstermin des Finanzausschusses einladen.

Im Hinblick auf die heutige Sitzung erklärt der Finanzausschussvorsitzende, auf eine Sitzung am 27.05.2008 verzichten zu wollen. Er wird zum 24.06.2008 einladen. Auf Wunsch kann der neue Finanzausschuss diesen Termin übernehmen.

a) Entscheidung zum Gebäude**b) Entscheidung über die Finanzierung
Finanzausschuss**

Die gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses und des Finanzausschusses leitet Frau Brandt als Vorsitzende des Sozialausschusses. Anwesend ist ferner Herr Schnoor von Firma VBD.

Den Ausschussmitgliedern sowie den Vertretern des Seniorenbeirates und des Kinder- und Jugendbeirates sowie der Leiterin des Peter-Rantzau-Hauses, Frau Hofmann, wird Gelegenheit gegeben, zum Standort für den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses ihre Auffassung näher darzulegen. Hierzu liegen auch bereits schriftliche, ebenso wie vom Behindertenbeirat der Stadt Ahrensburg, Stellungnahmen vor – sowohl die AWO als auch der Senioren- und Behindertenbeirat befürworten einen Neubau mit maximal zwei Geschossen für das Peter-Rantzau-Haus. Dem Kinder- und Jugendbeirat ist der Erhalt der Skater-Anlage wichtig. Zum konkreten Standort und der Geschossfläche sollten die Nutzer als Experten Stellung nehmen.

Frau Wilmer plädiert für die SPD-Fraktion für den Bau eines zweigeschossigen Gebäudes mit Option für ein drittes Geschoss in Baufeld 1. Das dritte Geschoss könnte später ausgebaut werden. Der städtebaulich bedeutsamere Standort sei für das Peter-Rantzau-Haus der geeignetste. Außerdem sei hier weniger damit zu rechnen, dass der Lärm des Jugendhauses „42“ und der Skater-Anlage die Nutzer beeinträchtigt. Der Standort sei weiter von diesen Baulichkeiten entfernt. Die SPD sei der Auffassung, damit auch den bisher vorgetragenen Anforderungen des Seniorenbeirates am ehesten zu entsprechen.

Frau Behr weist darauf hin, dass sich Firma VBD ausdrücklich aus finanziellen Erwägungen dagegen ausgesprochen habe, ein Gewerbegeschoss zu errichten. Herr Koch spricht sich auch aufgrund der Tiefgaragenproblematik dafür aus, den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses in Baufeld 2 zweigeschossig zu errichten. Er plädiert dafür, auf eine Tiefgarage für das Peter-Rantzau-Haus zu verzichten und die Stellplätze neben dem Neubau anzuordnen.

Herr Kienel und Frau Pepper weisen darauf hin, dass auf den Bau einer Tiefgarage für das Peter-Rantzau-Haus nicht verzichtet werden kann. Für das Peter-Rantzau-Haus sind nach dem Stellplatzerlass 33 Stellplätze nachzuweisen. Nur 22 Stellplätze können in der Tiefgarage gebaut werden, weitere 11 müssen also ebenerdig geschaffen werden (siehe 4 b, 2. Absatz; Seite 5 der Vorlage). Dieses sei neben dem Peter-Rantzau-Haus auf dessen Flächen nicht möglich. Eine Ablösung verbiete sich für die Stadt. Diese werden auch von privaten Investoren innerorts im Regelfall nicht akzeptiert; anders könne auch die Stadt nicht verfahren. Die Kosten in allen untersuchten Varianten von rd. 1 Mio. € für den Bau von Stellplätzen inkl. Tiefgarage seien daher unverzichtbar.

Herr Koch weist darauf hin, dass das Baufeld 2 von Firma VBD nicht näher untersucht wurde. Auf Nachfrage erläutert Herr Schnoor, dass die getroffenen Annahmen dem Grunde nach übertragbar sind. Eine erneute Studie sei nicht erforderlich. Es ergebe sich nur evtl. eine minimale Verschiebung.

Frau Holers spricht sich für eine zweigeschossige Bebauung im 1. Baufeld aus. Der städtebauliche Belang ist aus ihrer Sicht nachrangig. Herr Schade erläutert auf Nachfrage aus Sicht des Bau- und Planungsausschusses, dass die Dreigeschossigkeit für diesen kein Dogma bedeute. Zwei Geschosse seien im Nutzerinteresse. Dies sei aus seiner Sicht vorrangig. Wichtig sei, ein gewisses Maß an städtebaulicher Qualität zu sichern. Herr Griesenberg weist darauf hin, dass die erforderliche prägnante Bebauung auch z. B. durch eine Brüstung, die das Gebäude optisch erhöht, geschaffen werden könnte.

Herr Aschmann fragt nach, warum der Betreiber noch nicht ausgewählt sei. Er plädiert ferner für drei Geschosse. Hierzu wird darauf hingewiesen, dass dieses auch mehr Personal bedeute. Ferner sei die Sicht der AWO ernst zu nehmen, dass Senioren zwei Vollgeschosse, insbesondere mit den Haupträumen im Erdgeschoss, eher annehmen als einen dreigeschossigen Baukörper. Frau Pepper erläutert den erforderlichen Zeitplan:

Die Entscheidung über die Finanzierung und des Standorts erfolgt im Mai in der Stadtverordnetenversammlung.

Der Sozialausschuss klärt im Juli, wie unter Einbeziehung der Perspektivplanung des vorliegenden Altenplans nun die Leistungsbeschreibung und das Raumprogramm endgültig aussehen sollen. Im Besonderen ist zu prüfen, ob die Leitstelle Älterwerden in der Leistungsbeschreibung erhalten bleiben soll.

Im Anschluss erfolgen die Ausschreibung der Trägerschaft und die Funktionalbeschreibung für das PPP-Verfahren durch die Verwaltung. Vor der Ausschreibung im Rahmen des PPP-Modells ist eine potentielle Beteiligung des künftigen Trägers zeitlich gewährleistet.

Im Laufe der Diskussion wird deutlich, dass die Mehrheit, insbesondere die Beiräte, für Baufeld 2 und eine ausschließlich zweigeschossige Bebauung für den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses plädiert. Die Skater-Anlage sollte zunächst an ihrem jetzigen Standort beim Jugendzentrum „42“ bleiben. Sie könnte unter Umständen, sollte dies nicht verträglich sein, auf die andere Seite verlegt werden. Dieser Versuch diene dem gewollten Miteinander der Generationen.

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich nach den Prioritäten für die Entscheidung, insbesondere zum Standort. Die Entscheidung könne aus finanzieller Sicht, aus Nutzersicht, aus Sicht der besseren Einbindung der Außenanlagen in Baufeld 1, etc. getroffen werden. Er wünsche eine Entscheidung. Herr Düwel macht deutlich, dass die Gewichtung den Anwesenden selbst obliege. Vorrangig seien aus seiner Sicht das Nutzerinteresse und die finanzielle Abwägung. Die städtebaulichen Belange seien aus seiner Sicht nachrangig.

Nach dem Umzug des Peter-Rantzau-Hauses in den Neubau sind die heutigen Eigentumsflächen zu veräußern.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Die gemeinsame Sitzung endet um 21:30 Uhr.

Sozialausschuss

gez. Tobias Koch
Vorsitz

gez. Angela Haase
Protokoll